

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Kultur

XXIV. GP.-NR

2107 /AB

15. Juli 2009

zu 2231 /J

bm:uk

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMUKK-10.000/0197-III/4a/2009

Wien, 13. Juli 2009

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2231/J-NR/2009 betreffend das „Gender Mainstreaming“ in Österreich und deren Auswirkungen auf die Familienfreundlichkeit, die die Abg. Anneliese Kitzmüller, Kolleginnen und Kollegen am 28. Mai 2009 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 bis 5:

Analysen zur Frage, welche Auswirkungen die Strategie des Gender Mainstreaming (GM) auf Familienfreundlichkeit hat bzw. welche Wirkzusammenhänge es zwischen GM und Geburtenraten gibt, liegen bezogen auf das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur keine vor und es sind derzeit auch keine geplant. Nachdem die Strategie des GM darauf ausgerichtet ist, die Gleichstellung beider Geschlechter im Sinne einer Erweiterung ihrer Handlungsspielräume jenseits stereotyper Rollenzuschreibungen voranzutreiben (z. B. auch Unterstützung der verstärkten Partizipation von Männern im Erziehungsbereich), wird davon ausgegangen, dass die Strategie längerfristig in jedem Falle Familien und Kindern zugute kommen wird.

Eine ministeriumsinterne „MitarbeiterInnenbefragung unter dem Aspekt des Gender Mainstreaming“ (bezogen auf eine Sektion) kam zum Ergebnis, dass die Partizipations- und Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen und Männern in beiden Bereichen (Familienarbeit – Berufsarbeit) nach wie vor sehr unterschiedlich sind (z. B. viel stärkere Doppelbelastung der weiblichen Bediensteten). Der Bericht findet sich unter <http://www.imag-gendermainstreaming.at/cms/imag/projekte.htm?channel=CH0532>. Die Kosten dafür betragen EUR 10.479,00, durchgeführt durch Firma Matkovits + Geiger.

Zu Frage 6:

Analog den Vorgaben des Bundes-Gleichbehandlungsberichtes beträgt zum Stichtag 1. Jänner 2009 der Frauenanteil im gesamten Ressortbereich des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur 58,69 %.

Zu Fragen 7 bis 10:

Nein.

Zu Fragen 11 und 12:

Soweit für dienst- und besoldungsrechtliche Aspekte erforderlich, stehen Informationen zu der familiären Situation der rund 66.000 Beschäftigten im gesamten Ressortbereich des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur zur Verfügung. In Bezug auf den nachgeordneten Bereich einschließlich der Schulen ist zu bemerken, dass die dafür notwendigen weiteren manuellen Bearbeitungen bei der eingangs genannten Gesamtanzahl an Bediensteten mit einem ungebührlich hohen Verwaltungsaufwand verbunden sind. Ich ersuche daher um Verständnis, dass dazu keine Angaben gemacht werden können. Es ist jedoch festzuhalten, dass zum Stichtag 1. Juni 2009 in der Zentraleitung des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur 410 Beschäftigte Kinder haben.

Zu Fragen 13 bis 16:

Da das Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur in der Anfrage keine näheren Hinweise erhält, um welche Arbeitsgruppe es sich handelt, können diese Fragen nicht beantwortet werden.

Die Bundesministerin:

